

Amt für Kind, Jugend und
Behindertenangebote
Ergolzstrasse 3
4414 Füllinsdorf

Liestal, 22.12.2014

Vernehmlassung zum Gesetz über die Behindertenhilfe

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Wüthrich
Sehr geehrter Herr Hütten

Sie haben uns eingeladen, zum erwähnten Behindertenhilfegesetz Stellung zu nehmen, wofür wir Ihnen bestens danken.

Die grundsätzliche Neuerung des Behindertenhilfegesetzes gegenüber dem bisherigen Recht besteht darin, dass von der Objektfinanzierung (Beiträge an die Behinderteneinrichtungen) auf die Subjektfinanzierung (Beiträge an behinderte Personen) gewechselt wird.

Die FDP kann diesem Paradigmenwechsel zustimmen, da damit die Beitragsgewährung auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt werden kann und den Beiträgen nicht mehr der Geruch der ineffizienten und teuren Giesskannensubventionen anhaftet.

Allerdings geben die konkrete Ausgestaltung des Behindertengesetzes sowie dessen stolzer Umfang zu grossen Vorbehalten Anlass:

1. 40 neue Paragraphen gegenüber den drei bisherigen Paragraphen im Sozialhilfegesetz sind nicht dazu angetan, den Vollzug des neuen Rechts schlank und kostengünstig zu halten, im Gegenteil.
2. Die Ermittlung des individuellen Bedarfs für alle behinderten Person insbesondere durch die unabhängige Abklärungsstelle (§ 10 Absatz 4) wird eine Abklärungsbürokratie zur Folge haben, die, wie die Vorlage auf S. 4 selber ausführt, zu staatlichem Mehraufwand führen wird. Die behauptete Kostenneutralität ist nicht gegeben.
3. Die behauptete Kostenneutralität ist zudem auch aufgrund des vorgesehenen Konstrukts der unabhängigen Abklärungsstelle nicht gegeben. Da diese unabhängig ist, besteht keine fiskalische Aequivalenz zwischen ihr und dem Finanzierer der Beiträge, dem Kanton. Dies wird eine Ausweitung des Bedarfs, der zudem äusserst abstrakt umschrieben ist, und damit Kostensteigerungen nach sich ziehen.

Wir halten dafür, dass die staatlichen Leistungen den behinderten Personen zugute kommen sollen und nicht der Abklärungsbürokratie, die diese umgibt. Daher weisen wir das Behindertengesetz in der vorgelegten Form zurück und fordern ein wesentlich verschlanktes und effektiv kostenneutrales Gesetz.

Mit freundlichen Grüßen
FDP.Die Liberalen Baselland



Christine Frey
Parteipräsidentin

Ersteller: Daniel Schwörer und Christine Mangold, Co-Präsidium Bildungs, Kultur- und Sportkommission der FDP BL